

## Pressemitteilung

Berlin, den 27. März 2024

**In seiner Vorstandssitzung am vergangenen Wochenende hat sich der SPDqueer Bundesvorstand deutlich zu Sexarbeit und der Diskussion rund um das „Nordische Modell“ positioniert. Zum beigefügten Positionspapier „Sexarbeiter\*innen in die Mitte der Gesellschaft holen, statt sie weiter an den Rand zu drängen“ erklärt die Co-Bundeschäftliche Carola Ebhardt:**

„Es gibt Menschen, die aus tiefer Überzeugung in der Sexarbeit tätig sind. Es gibt Menschen, für die sie schlicht ein Job mit besonderer Flexibilität ist. Es gibt Menschen, die in der Sexarbeit sind, weil sie in anderen Branchen zu stark diskriminiert werden oder anderweitig in einer Notlage sind. Und es gibt Menschen, die Opfer von Zwangsprostitution sind. Keiner dieser Personengruppen hilft das enorme gesellschaftliche Stigma, das seit jeher auf der Sexarbeit liegt – ganz im Gegenteil. Das Stigma verursacht einen erheblichen Schaden. Wir sollten uns in der Debatte also ehrlich machen: Eine Verdrängung in den Untergrund mag zwar gesellschaftlich komfortabel scheinen. Menschen in der Sexarbeit wären damit aber einem erheblichen Maß an Gewalt ausgesetzt. Wenn wir ihnen wirklich helfen wollen, müssen wir endlich das gesellschaftliche Stigma abbauen.“

**Das Vorstandsmitglied Hannah Trulsen erklärt weiter:**

„Wir stehen ohne jede Diskussion hinter der staatlichen Verfolgung von Menschen und Strukturen, die andere Menschen in Prostitution zwingen oder sich an Menschenhandel beteiligen. Die Frage ist doch aber: Wie können wir die davon Betroffenen am besten vor Gewalt schützen? Unsere ausführliche Beschäftigung mit dem Thema hat uns zu der Erkenntnis geführt, dass mit einem „Nordischen Modell“, die Gewalt erheblich zunehmen würde, wie wir es bereits während der Corona-Schutzmaßnahmen beobachten mussten: Sexarbeit würde von Menschen in Anspruch genommen, die keinen Wert auf Regeln und Grenzen legen, und sie würde in Räumen geschehen, die von gesellschaftlichem Schutz völlig abgeschnitten sind. Echter Schutz entsteht hingegen, wenn man als Bestandteil der Gesellschaft ernst genommen wird, sich nicht jeden Tag vor Diskriminierung aufgrund des Jobs fürchten muss und sich vertrauensvoll an Hilfestellen wenden kann. Diese Erkenntnis müssen wir dringend auch in der gesellschaftlichen Debatte über Sexarbeit berücksichtigen: Wenn wir Menschen schützen wollen, dann müssen wir diese Menschen auf Augenhöhe in Debatten und Entscheidungsprozesse einbeziehen. Gerade im Zusammenhang mit möglichen gesetzlichen Reformen.“